

Wahlkampf im Notstand

Wird das Thema Sicherheit durch die Pariser Anschläge zum Wahlhelfer der Rechtspopulisten?

Sabine Ruß-Sattar

In Reaktion auf die Pariser Attentate vom 13. November 2015 appellierte der französische Premierminister Manuel Valls an „alle Patrioten“, in „geheiligter Union“ zusammenzustehen. Erstmals empfing Präsident François Hollande zu den parteiübergreifenden Krisengesprächen auch den rechtspopulistischen Herausforderer Front National (FN), den die bürgerliche Rechte wie die Linke bislang aus dem Kreis der republikanischen Parteien ausgeschlossen hatten und der sich auch selbst abseits der geschmähten „politischen Klasse“ gehalten hatte. Bei den Regionalwahlen am 6. und 13. Dezember 2015 stellt der FN gleichermaßen für die bürgerliche rechte Opposition wie für die regierenden Sozialisten und übrigen linken Parteien den Hauptgegner dar: Nicht zuletzt aufgrund des alles beherrschenden Themas Sicherheit sehen Demoskopologen den FN als Favoriten im ersten Wahlgang. Wahlentscheidend wird folglich nicht nur die Frage, welche Partei am besten ihre Wähler zur Stimmabgabe zu mobilisieren vermag, sondern auch, wer welche Wahlallianzen und Absprachen für den zweiten Wahlgang zustande bekommt. Dies ist auch aufschlussreich für die Präsidentschaftswahlen 2017.

Am 6. und 13. Dezember finden in Frankreich Regionalwahlen statt und somit das letzte parteipolitische Kräfte-messen vor den Präsidentschaftswahlen im Frühling 2017. In der Woche nach Abgabe der Kandidatenlisten am 9. November 2015 wollten die Parteien eigentlich ihren offiziellen Wahlkampf in den Regionen beginnen. Die terroristischen Anschläge in Paris am Abend des 13. November und die noch in der Nacht erfolgte Ausrufung des Notstands durch Präsident François Hollande – inzwischen vom Parlament auf drei Monate verlängert – haben allerdings die Rahmenbedingungen grundlegend verändert.

Drei Tage lang hielt das Land in nationaler Trauer inne. Inzwischen ist der Wahlkampf wieder angelaufen,

auch wenn Großveranstaltungen abgesagt wurden und politische Treffen mit einer Schweigeminute beginnen. Wie aber Wahlkampf führen und Wähler mobilisieren in Zeiten des Notstands, in denen die offizielle Politik die „union sacrée“, den heiligen Bund der Nation (so Premierminister Manuel Valls), und die patriotische Einheit jenseits des Parteienzwists beschwört? Jedenfalls zeigen sich die Franzosen weitestgehend mit der Regierung einig, dass es richtig ist, die Regionalwahlen wie geplant stattfinden zu lassen.¹ Laut einer am 24. November 2015

veröffentlichten Umfrage sagte zudem eine Mehrheit der Befragten, die Attentate hätten keinen Einfluss auf ihre Wahlentscheidung.² 38 Prozent sehen sich durch sie vielmehr in ihrer Wahlintention bestärkt, wohingegen 7 Prozent ihre Meinung geändert haben und anders abstimmen wollen. Die tiefe Sorge um die öffentliche Sicherheit – nie zuvor nach 1992 haben die Franzosen die Terrorgefahr im Land so einhellig (98 Prozent)³ als akut eingestuft – könnte weiteren Auftrieb für den rechtspopulistischen Front National bedeuten: Bisher konnte er immer Stimmenzuwächse verzeichnen, wenn das Thema Sicherheit oben auf der Agenda stand. Eine Mehrheit der Franzosen (59 Prozent)⁴ stimmte in der ersten Woche nach den Attentaten für die Situation Frankreichs der Bezeichnung „Krieg“ zu, die der Präsident in seiner Rede vor dem parlamentarischen Kongress in Versailles gebraucht hatte. Eine breite, in das linke Lager reichende Mehrheit zeigte sich auch bereit, Einschränkungen der eigenen bürgerlichen Freiheiten und Rechte zu akzeptieren. In Kriegszeiten ist bekanntlich oft ein „rally around the flag“-Effekt zugunsten der Regierung zu beobachten. Doch die Billigung von Anti-Terrormaßnahmen und Militäreinsätzen übersetzen sich keinesfalls automatisch in Zustimmung für die Regierungspartei Parti Socialiste (PS) und ihre Kandidaten bei den Regionalwahlen. Zwar konnte Präsident François Hollande, dessen Popularitätsraten im Keller waren, mit seiner Kriegserklärung an den IS und der darauf folgenden Krisenpolitik wieder an Ansehen bei den Franzosen gewinnen. Wie Umfragen zeigen, profitieren die sozialistischen Kandidaten jedoch nicht davon. Die Chancen für die Linke stehen schlecht, ihre seit einem Jahrzehnt währende Vorherrschaft in den Regionen verteidigen zu können. Die erwähnte Umfrage vom 24. November sieht die Rechtspopulisten mit 29 Prozent der erklärten Wahlabsichten für den ersten Wahlgang sogar an der Spitze, gefolgt von der bürgerlichen Rechten (27 Prozent), während die Linke mit den Sozialisten (22 Prozent) und den Grünen und ihre Verbündeten (7 Prozent) abgeschlagen auf dem dritten Platz liegen. Daraus ist allerdings nicht klar abzulesen, wer letztlich gewinnen wird. Erringt eine Liste in einer Region nicht die absolute Mehrheit – was den Regelfall darstellt –, muss der Sieger im zweiten Wahlgang ermittelt werden. Erfolg hat nur, wer die Wähler anderer Parteien im zweiten Wahlgang zu sich hinüberzieht oder entsprechende Wahlallianzen mit anderen Parteien bildet. Bei diesem Spiel verfügt der FN schon seit langem über ein Störpotenzial. Dieses Mal sieht es aber so aus, als könnte er darüber hinaus in zwei, vielleicht sogar drei der dreizehn Regionen gewinnen und im Kontext des Notstands somit wahlpolitisch Dämme brechen.

Ein neuer Front National als Profiteur der Krise?

Die starke Position des FN ist kein Produkt der Schockwellen des schwarzen Freitags von Paris. Schon über die letzten Jahre hinweg hat sich das früher bipolare Parteiensystem in drei Lager geordnet und eine Erosion der Linken stattgefunden. Bei den Kommunalwahlen im März 2014, die noch als vergleichsweise unabhängig von den politischen Ereignissen auf nationaler Ebene gelten, gewann das bürgerlich-rechte Lager insgesamt deutlich an Terrain (auch wenn die Rathäuser großer Städte wie Paris und Straßburg beim PS verblieben) und auch der FN gewann ein Dutzend Kommunen. Im Mai 2014 ging er aus den Europawahlen sogar als stärkste Kraft hervor. Bei den Kantonalwahlen im März 2015 bestätigten sich der Aufwind des rechten Parteienspektrums und der Höhenflug des FN. Seitdem scheint die Parteivorsitzende Marine Le Pen auf dem Weg zur Führungsfigur der aufstrebenden Parteifamilie der „Nationalpopulisten“⁵ in Europa zu sein.

In Frankreich hat Marine Le Pen sich bereits als selbst ernannte Kämpferin für die nationale Souveränität und gegen Globalisierung und Europäisierung einen prominenten Platz in der politischen Arena gesichert. Per Gerichtsbeschluss hat sie den Medien erfolgreich untersagt, das Etikett „rechtsextrem“ auf ihre Partei anzuwenden. Seitdem sie 2011 den Parteivorsitz von ihrem Vater, dem Partei(mit)gründer Jean-Marie Le Pen, übernahm, proklamiert sie als offizielle Strategie eine „Entdämonisierung“ ihrer Partei. Unter der Führung Marine Le Pens sollten die unter dem Vorsitz des Vaters noch gängigen antisemitischen oder rassistischen Töne aus dem Parteiprogramm verschwinden. Konsequenterweise wurde der 87-jährige Le Pen, Ehrenvorsitzender des FN, wegen wiederholter Äußerungen wie derjenigen von den „Gaskammern als Details des Zweiten Weltkriegs“ im August 2015 aus der Partei ausgeschlossen. Angesichts des Bekenntnisses zu den Spielregeln der parlamentarischen Demokratie streiten Beobachter darum, ob der FN unter dem Vorsitz Marine Le Pens tatsächlich auf einem politisch moderateren Kurs sei oder nur eine kosmetische Imagekorrektur vollzieht.⁶ Wie verwandte Parteien in Europa unterscheidet sich der FN jedoch eindeutig vom Rechts extremismus alten Typs.⁷ Er versucht, mit seinen Themen gesellschaftspolitisch liberale Positionen zu besetzen. So inszeniert sich Marine le Pen als moderne Jeanne d’Arc und als einzig konsequente Kämpferin für die Werte der französischen Republik. Liberale Werte wie die Gleichheit vor dem Gesetz, das Prinzip der Laizität (religiöse Fragen als ausschließlich private Angelegenheit) und die Gleichheit der Geschlechter bringt sie in Stellung gegen

„den Islam“ und den „Kommunitarismus“. Die Islamkritik überlagert im Diskurs die „Einwanderung“.⁸ Wegen ihrer inzwischen fünf Jahre alten Äußerung, Frankreich sehe sich einer „muslimischen Besatzung“ ausgesetzt – eine bewusst formulierte Analogie zur deutschen Besatzung im Zweiten Weltkrieg –, muss sie sich vor Gericht verantworten. Die von Marine Le Pen aggressiv verbreiteten Bedrohungsszenarien treffen auf eine wachsende Angst in der französischen Gesellschaft vor einer sich abschottenden, radikalisierten Fraktion unter den Muslimen Frankreichs, die schon bei den Attentaten gegen die Redaktion von Charlie Hebdo und einen koscheren Supermarkt, erst recht aber im November 2015 in Paris, auf grausamste Art ihre Berechtigung zu finden scheint.

Wahlanalysen zeigen, dass Le Pen Junior mit dieser Programmatik die traditionell starke wahlpolitische Verankerung der Partei östlich der Linie Le Havre-Montpellier nicht nur halten, sondern sogar ausbauen konnte. Inzwischen gelingt es dem FN sogar, Gruppen anzusprechen, die ihm gegenüber früher als resistent galten: junge Frauen, Homosexuelle und kirchentreue Katholiken. Während nämlich die ultrakonservativen katholischen Integristen schon von jeher ein Kernklientel des FN darstellten und heute in Marion Maréchal-Le Pen, der Nichte der Parteivorsitzenden, ihre Heroldin finden, hatten die Vertreter der katholischen Amtskirche die Programmatik des FN als unvereinbar mit den katholischen Werten postuliert. Dass diese Grenzziehung nicht mehr greift, dürfte ebenfalls mit der wachsenden Angst vor dem radikalisierten Islam zu tun haben.

Für die Erfolgsaussichten des FN bedeutsam ist auch seine ökonomische Neupositionierung. Wirtschaftliche und soziale Themen haben neben den klassisch dominanten Politikfeldern Sicherheit und Einwanderung in der Programmatik an Raum gewonnen. In den letzten Jahren ist der FN wirtschaftspolitisch nach „links“ gerückt.⁹ Im Kontext der Eurokrise und des wirtschaftspolitischen Rangverlustes Frankreichs – dessen internationale Bonität gesunken ist – gewinnt die Forderung des FN an Resonanz, Frankreich solle aus dem Euro austreten, den inländischen Markt im Sinne des „nationalen Vorrangs“ vor der Konkurrenz ausländischer Güter und Arbeitskräfte schützen und die Reindustrialisierung des Landes betreiben. Nicht zuletzt dieser Umstand dürfte erklären, warum der FN mit großer Wahrscheinlichkeit im deindustrialisierten Norden mit der Region Nord-Pas-de-Calais-Picardie eine alte Bastion der Sozialisten und Kommunisten erobern wird. Angesichts der Finanzkrise nehmen viele Franzosen den Verlust der nationalen Souveränität tatsächlich als Bedrohung des französischen sozialen Modells wahr. Die zur Haushaltskonsolidierung betriebene Reformpolitik

der sozialistischen Regierung in den Bereichen Rente und Gesundheit sowie die mit Blick auf eine Ankurbelung der Wirtschaft angestrebte Liberalisierung des Arbeitsmarkts (nach dem Wirtschaftsminister „Macron-Gesetz“ genannt) trifft selbst in Teilen der Regierungspartei auf Widerstand und konnte die ökonomische Lage des Landes noch nicht deutlich verbessern. Das hat viele frühere PS-Wähler aus eher niedrigen Einkommensschichten der Partei entfremdet. So hat der FN „ideale Bedingungen, um Xenophobie als Wirtschaftspolitik zu verkaufen“.¹⁰ Dabei verwundert es nicht, dass sich bis zu einem Drittel derjenigen, die sich bei Umfragen als mögliche FN-Wähler bezeichnen, selbst im ideologischen Spektrum links einordnen und der „gaucho-lepénisme“¹¹ schon seit Jahren einen festen Bestandteil der FN-Klientel ausmacht. Allerdings stellen für die regierenden Sozialisten die zum FN abwandernden früheren Wähler noch das geringere Problem dar im Vergleich zur bei den letzten Wahlen massiven Stimmenthaltung der eigenen (früheren) Wählerklientel, gerade in den Schichten mit niedrigem Einkommen. Die Reformpolitik unter François Hollande, und vor allem der von ihm eingeforderte „Verantwortungspakt“¹² zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern, bricht mit vertrauten sozialistischen Denkrastern ausgerechnet in Zeiten der Krise, in denen die PS-Stammwähler den Schutz des Staates erwarten. Dass die PS sich nicht mehr nur auf soziale Gerechtigkeit als Ziel fokussiert, sondern zugleich kulturelle Anerkennung und Anti-Diskriminierung (z. B. bei der gleichgeschlechtlichen Ehe) als Schlüsselthemen aufnimmt, halten manche für fatal, da sich die PS damit auf das verminte Gelände der Identitätspolitik begeben, auf dem der FN seit Jahren mit Erfolg seine Anhängerschaft mobilisiert.

Die bürgerlichen und linken Regierungsparteien unter Druck

Was die programmatische Orientierung angeht, setzt der FN also sowohl die bürgerlich-rechten als auch die linken Parteien gehörig unter Druck. Linke und Rechte werfen sich inzwischen gegenseitig vor, „das Spiel des FN zu spielen“. Um die Banalisierung der Themen und Redeweisen des FN im politischen Diskurs Frankreichs aufzuzeigen, bietet Le Monde auf ihrer Webseite ein Quiz an, bei dem die Leser Aussagen Marine Le Pen, Nicolas Sarkozy, Nadine Morano und anderen Politikern unterschiedlicher Parteien zuordnen müssen – was sich in der Tat als nicht so einfach erweist und aufschlussreich für die Verbreitung bestimmter Sicht- und Ausdrucksweisen ist.¹³

Nach den Attentaten sind es vor allem die Themen Sicherheit, Grenzkontrollen und Einwanderung, die in Praxis und Diskurs zum Verschwimmen der Grenzen

zwischen den Altparteien und dem Herausforderer vom rechten Rand führen. In der europäischen Flüchtlingskrise – in Frankreich am sichtbarsten im sogenannten „Dschungel“, dem Flüchtlingscamp in Calais – hatte sich Marine Le Pen durch ihre lautstarke Forderung nach Schließung der Grenzen und durch Beifall für die restriktive Politik Ungarns hervorgetan. Unter dem Eindruck der Attentate scheint sich auch das allgemeine Meinungsklima entsprechend zu entwickeln und die Franzosen sehen die Debatte um Flucht und Einwanderung zunehmend im Lichte eines (Grenz-)Sicherungsproblems: Während im Oktober 47 Prozent eine weitere Aufnahme von Migrant*innen ablehnten, sind dies nach den Attentaten im November nun 62 Prozent.¹⁴ Premier Manuel Valls, der in der sozialistischen Partei den rechten „Law and Order“-Flügel repräsentiert, sprach vor der Presse nun ebenfalls – im Wortlaut allerdings umstritten – davon, dass Europa nicht mehr weiter unbegrenzt Flüchtlinge aufnehmen könne.¹⁵ Maßnahmen, die der FN schon lange gefordert hatte – wie die Wiedereinführung von Grenzkontrollen und die Aussetzung des Schengener Abkommens oder auch die Aberkennung der französischen Staatsbürgerschaft bei Franzosen mit doppelter Staatsbürgerschaft im Falle der Beteiligung an Terrorakten – sind Teil der sicherheitspolitischen Maßnahmen im Notstand. Die bürgerliche Opposition fordert nun Internierungslager für identifizierte „Gefährder“ – angeblich sollen bis zu 10 000 Personen in der sogenannten „Kartei S“ (Sicherheit) registriert sein, darunter ungefähr 850 Dschihadisten. Der Ausnahmezustand ließe solche Maßnahmen zu. Da das Heft des Handelns jedoch bei der Regierung liegt, haben die bürgerlichen Republikaner (Les Républicains, LR) demonstrativ am 23. November 2015 der Öffentlichkeit ein „Observatorium“ vorgestellt, das die Umsetzung des „Sicherheitspakts“ der Regierung beobachten und vor allem auch die eigene Kompetenz in puncto Sicherheit, Recht und Ordnung demonstrieren soll. Der FN rede nur, versage aber, wenn es um konkrete Maßnahmen gehe, lautet die Argumentation der LR, die darauf verweisen, dass die FN-Abgeordneten im Europaparlament gegen die Fluggastdatenspeicherung stimmten.

So ist der politische Wettbewerb der Parteien auf nationaler wie regionaler Ebene derzeit in erster Linie einer um die Behauptung der eigenen Kompetenz auf dem Gebiet der Sicherheit. Ungeachtet der Tatsache, dass die Regionen vor allem für die Wirtschaftsförderung und Raumplanung zuständig sind, tun sich die Kandidaten nun hervor mit Vorschlägen zu Sicherheitskontrollen im Nahverkehr und Videoüberwachung.¹⁶ Landesweit nennen nach den Attentaten laut einer am 27.11. 2015 publizierten Umfrage mit 56 Prozent (noch) mehr Befragte (+ 6) als

Anfang November die Politik auf nationaler Ebene als ausschlaggebend für ihre Wahlentscheidung. Neben Steuern sind Unsicherheit und Einwanderung zu den wichtigsten Themen geworden. Zwar existieren nicht für alle Regionen eigene demoskopische Daten zu den thematischen Prioritäten der Wähler.¹⁷ Jedoch dürfte eine am 26. November publizierte Umfrage zur Region Ile-de-France¹⁸ den allgemeinen Trend beschreiben. Im Vergleich zu den Ende September/Anfang Oktober erhobenen Daten verschoben sich die Prioritäten folgendermaßen: Sicherheit 41:52, Arbeit 38:33, öffentlicher Nahverkehr 31:26, Bildung 26:25, Wirtschaft 25:19, Umwelt 18:17, Wohnungsbau 16:14 (die Befragten sollten die beiden wichtigsten Themen nennen). Jean-Christophe Cambadélis, der Generalsekretär der PS, schrieb den Kandidaten seiner Partei einen Brief, in dem es heißt, es gälte nun, gemeinsam folgendes Triptychon zu verteidigen: „den totalen Krieg gegen den IS, die maximale Sicherheit für die Bürger und die nationale Eintracht“. So wird der Sicherheitspakt des Präsidenten gleichsam zum Programm der PS bei den Regionalwahlen.

Parteien in der Zwickmühle

Während nach den Anschlägen im Januar 2015 Marine Le Pen nicht in die großen nationalen Solidaritätsdemonstrationen einbezogen wurde und sich auch selbst abseits hielt, war sie nach den Pariser Attentaten, wie die Vorsitzenden der anderen Parteien, zu den Gesprächen der Regierung eingeladen. Die „union sacrée“ bindet also auch die Rechtspopulisten ein. Wahlpolitisch sollten diese jedoch ausgegrenzt werden, um ihren Siegeszug in den Regionen zu verhindern. Neben der Herausforderung, angesichts der aktuellen Vielfachkrise neue politische Antworten zu finden ohne ihre eigene Identität und die eigenen Wähler zu verlieren, stellen sich die beiden alten Regierungsparteien damit auch extrem heikle Fragen bezüglich ihrer Bündnisstrategie. Eine bipolare Logik, die auf nationaler Ebene durch das zweigängige Mehrheitswahlrecht institutionell abgestützt wurde, bestimmte lange den Parteienwettbewerb in Frankreich. Für die einzelnen Parteien ging es in der ersten Runde stets darum, sich erst einmal mit einem guten Ergebnis als attraktiver Bündnispartner zu positionieren, um dann im zweiten Wahlgang mit einem Bündnispartner aus dem eigenen Lager die Stimmenmehrheit zu erhalten. Auch die Regionalwahlen haben in der Regel zwei Wahlgänge, werden jedoch nach einem Verhältniswahlrecht mit Mehrheitsprämie¹⁹ durchgeführt. Die Tendenz zur Fragmentierung des Parteienangebots im ersten Wahlgang ist damit noch stärker geworden, zugleich wächst aber infolge des Erstarkens einer dritten Kraft in Form des FN der Zwang zu

Absprachen zwischen den Parteien im zweiten Wahlgang. Dieser findet statt, wenn keine der Listen mehr als 50 Prozent der Stimmen erreicht – also so gut wie immer. Für den zweiten Wahlgang gilt eine Zehn-Prozent-Klausel; allerdings haben Listen, die mindestens fünf Prozent der Stimmen erreicht haben, das Recht, für die zweite Runde mit anderen Listen zu fusionieren. Da inzwischen nicht mehr nur zwei große Parteienlager existieren, die jeweils ein ungefähres Potenzial zwischen einem Fünftel und einem Drittel (derzeit die LR) haben, ist die alte bipolare Bündnislogik obsolet. Umfragen lassen erwarten, dass der FN die beiden alten Regierungsparteien in einigen Regionen im zweiten Wahlgang in einen Dreikampf zwingt. Besonders knappe Stimmenverhältnisse und Dreierkonstellationen mit den Sozialisten als schwachen Dritten werden auf der Grundlage von Umfrageergebnissen²⁰ in folgenden drei Regionen erwartet:

- In der Region Nord-Pas-de-Calais-Picardie wird Marine Le Pen mit zwischen 35 bis 42 Prozent möglicher Wählerstimmen als Favoritin gehandelt, gefolgt vom Republikaner Xavier Bertrand mit 25 bis 26 Prozent und erst an dritter Stelle dem Sozialisten Pierre de Saintignon mit 15 bis 19 Prozent. Diese Verhältnisse haben auch etwas mit dem neuen regionalen Zuschnitt zu tun. Die alte Region Nord-Pas-de-Calais war seit der Einführung der Regionalwahlen immer von einer linken Mehrheit geführt worden.
- Im Osten Frankreichs, in Alsace-Champagne-Ardenne-Lorraine, liegt Philippe Richert als Repräsentant der LR mit 31 Prozent der deklarierten Wahlabsicht nur knapp vor dem FN-Kandidaten Florian Philippot; der Sozialist Jean-Pierre Masseret scheint den Umfragen nach chancenlos mit nur 19 Prozent Absichtserklärungen zu seinen Gunsten.²¹
- In der südlichen Region Provence-Alpes-Côte d'Azur konzentriert sich der Wahlkampf auf das Duell zwischen Marion Maréchal-Le Pen und dem Bürgermeister von Nizza Christian Estrosi (LR); der Sozialist Christophe Castaner liegt klar dahinter. Nach einer am 22. November 2015 publizierten Umfrage lag Marion Maréchal-Le Pen bei 40 Prozent der Stimmen.²² Seit 1998 ist auch diese Region eigentlich in den Händen der linken Parteien, aber diese sind zu zerstritten, um Einigkeit zu demonstrieren. Marion Maréchal-Le Pen tritt anders als ihre Tante Marine gesellschaftspolitisch betont konservativ auf. Bezeichnend ist das unterschiedliche Verhalten der beiden Frauen bezüglich des großen Streitthemas gleichgeschlechtliche Ehe: Marion marschiert bei den Demonstrationen der „Manif pour tous“ gegen das Recht auf Ehe und Adoption für

gleichgeschlechtliche Paare in erster Reihe, während sich Marine auffallend unauffällig verhält. Dass Maréchal-Le Pen zur extremrechten Bewegung in Frankreich gerechnet werden kann, zeigt der Umstand, dass sie auf ihre Liste Philippe Vardon einlud, den ehemaligen Anführer des seit 2003 bestehenden Identitären Blocks zur Verteidigung des Abendlandes.

Angesichts dieser Entwicklung suchen das rechtsbürgerliche wie das linke Lager nach einer Strategie, um den Aufstieg der radikalen Kräfte zu unterbinden. Theoretisch anbieten würde sich in dieser Situation die Strategie der „republikanischen Front“, bei der im Falle einer Konstellation, bei der der FN den zweiten Wahlgang erreicht, die Wähler aller anderen Parteien ihre Stimme dem (bestplatzierten) Gegner des FN im zweiten Wahlgang geben. Dies war bei den Präsidentschaftswahlen 2002 der Fall, als unerwartet der FN-Kandidat Jean-Marie Le Pen den sozialistischen Kandidaten Lionel Jospin überholte und gegen Jacques Chirac ins entscheidende Duell des zweiten Wahlgangs einzog. Fast alle Parteien riefen zum Votum gegen Le Pen und für Chirac auf. Auf die Regionalwahlen bezogen würde dies bedeuten, dass bei Dreierkonstellationen im zweiten Wahlgang mit dem Front National die beiden Listen der linken oder rechtsbürgerlichen Parteien Absprachen treffen und sich dann entweder die Stimmen schwächere zugunsten der stärkeren zurückzieht oder aber beide eine gemeinsame Liste mit einem gemischten Kandidatentableau aufstellen. Allerdings hat Nicolas Sarkozy als Führungsfigur des in der LR organisierten stärksten Flügels der bürgerlichen Rechten schon seit 2011 für Wahlen auf lokaler Ebene die Losung „Weder-noch“ ausgegeben und somit eine offizielle Wahlempfehlung für eine andere Partei verweigert.²³

Sein Parteikollege Alain Juppé, Bürgermeister von Bordeaux und möglicher rivalisierender Präsidentschaftskandidat 2017, spricht sich dagegen ohne Ambivalenzen für eine republikanische Front aus.

Sarkozy setzt demgegenüber in erster Linie auf Einheitsbildung im eigenen bürgerlich-rechten Lager und die Einbeziehung der Zentristen (UDI). Bei der Verhandlung zur Aufstellung der Regional-Listen im Sommer 2015 gab es allerdings merkliche Spannungen zwischen den Bündnispartnern. Es ging unter anderem auch schon um die Frage, wie in den frisch gewählten Regionalversammlungen später Mehrheiten für die Wahl der Regionalpräsidenten geschmiedet werden sollten. 1998 gab es fünf zentristische Regionalpräsidenten aus den Reihen des UDF, die ihre Wahl den Stimmen der FN-Regionalräte verdankten. Auch die LR selbst gaben an ihrem Parteitag am Wochenende vor der offiziellen Einreichung der

Parteilisten am 9. November 2015 kein Bild der Einheit ab, weil sich hier schon die bei den Regionalwahlen antretenden Spitzenkandidaten mit eigenen präsidentiellen Ambitionen in Position bringen wollten.

Aber auch im linken Lager herrschte bis zur Abgabe der Kandidatenlisten Anfang November Uneinigkeit. Mit Mühe haben die zerstrittenen nichtsozialistischen Parteien zumindest in einigen Regionen gemeinsame Listen vereinbart.²⁴ Der sozialistische Premierminister Manuel Valls erzeugte in den eigenen Reihen große Unruhe mit seiner Forderung „alles zu tun“, um die Eroberung einer Region durch den Front National zu verhindern.²⁵ „Alles“ meint jedoch nicht etwa den Rückzug der PS-Liste im zweiten Wahlgang (was fünf beziehungsweise sechs Jahre Abwesenheit im Regionalrat bedeuten würde), sondern eine Fusion mit der Liste der bürgerlichen Rechten. Schon allein die Idee erscheint unerhört, stellt sie doch eine Grenzüberschreitung in der vom Lagerdenken geprägten Parteienpolitik der Fünften Republik dar. Ist sie tatsächlich erfolgsversprechend, oder bietet sie nicht vielmehr eine Steilvorlage für den FN und seine populistische Selbstinszenierung? Der Generalsekretär der PS, Jean-Christophe Cambadélis, warnte kurz vor den Attentaten eindringlich davor, die Frage der Allianzen zum Thema im Wahlkampf zu machen und so den FN ins Zentrum der Aufmerksamkeit zu rücken – sachlich berechtigt, aber ein frommer Wunsch, weil Politik und Medien genau das längst so praktizieren.²⁶ Die Attentate machen die Frage der parteipolitischen Allianzen noch

komplizierter. Gemeinsame Listen von bürgerlichen und sozialistischen Parteien scheinen trotz der Rhetorik des nationalen Schulterschlusses jedoch ausgeschlossen. Im Süden, wo Marion Maréchal-Le Pen immer mehr als Favoritin erscheint, fragt der sozialistische Kandidat, warum er mit dem Bürgermeister von Nizza einen Republikaner unterstützen solle, der Maréchal-Le Pen bisweilen mit seinen Forderungen sogar noch rechts überhole.

Die entscheidende Frage ist letztlich, wie die Wähler auf den Ausnahmezustand Frankreichs reagieren. 95 Prozent der Wähler finden es nach einer Umfrage richtig, dass die Regionalwahlen nicht wegen der Attentate verschoben wurden, und 30 Prozent sehen sich durch diese zusätzlich zur Teilnahme motiviert.²⁷ Doch wie viele Wahlberechtigte werden wirklich zur Urne gehen? Bei den letzten Wahlen in Frankreich waren oft die Nichtwähler die größte Gruppe – ein Umstand, mit dem vor allem die regierenden Sozialisten zu kämpfen haben. Nur einer von vier Franzosen im Alter von 19 bis 25 Jahren wollte bei einer Befragung kurz vor den Attentaten wählen gehen.²⁸ Die Frage ist, ob sich gerade die jungen Wähler angesichts des in der politischen Arena gerade zu beobachtenden „Theaters der Sicherheit“ (Nils Minkmar) stärker mobilisieren werden – es steht zu befürchten, dass dies eher im Sinne des FN wäre.

Prof. Dr. Sabine Ruß-Sattar ist Associate Fellow des Programms Frankreich/Deutsch-französische Beziehungen der DGAP.

Anmerkungen

- 1 Odaxa- Umfrage, Baromètre des événements les plus marquants, 27.11.2015, <<http://www.odoxa.fr/wp-content/uploads/2015/11/Odaxa-pour-MCI-Le-Parisien-et-France-Info-Le-barom%C3%A8tre-des-%C3%A9v%C3%A9nements-....pdf>> (abgerufen am 30.11.2015).
- 2 TNS-Sofres-Umfrage, Intentions de vote aux élections régionales de 2015, 24.11.2015, <<http://www.tns-sofres.com/sites/default/files/2015.11.24-iv2-regionales2015.pdf>> (abgerufen am 30.11.2015).
- 3 Ifop-Umfrage, Les réactions des Français aux attentats du 13 novembre 2015, 18.11.2015, <http://www.ifop.com/media/poll/3202-1-study_file.pdf> (abgerufen am 30.11.2015).
- 4 Vgl. Attentats à Paris: les Français favorables à une „certaine limitation des libertés“, RTL, 17.11.2015, <<http://www.rtl.fr/actu/societe-faits-divers/attentats-a-paris-les-francais-favorables-a-une-certaine-limitation-des-libertes-7780543321>> (abgerufen am 1.12.2015).
- 5 Pierre-André Taguieff, Le Nouveau National-Populisme, Paris 2012.
- 6 Vgl. Nonna Mayer, From Jean-Marie to Marine Le Pen: Electoral Change on the Far Right, in: Parliamentary Affairs (2013) 66 (1), S. 160-178; James Shields, Marine Le Pen and the “New” FN: A Change of Style or of Substance?, in: Parliamentary Affairs (2013) 66 (1), S. 179-196.
- 7 Jean-Yves Camus, Les extrêmes droites mutantes en Europe, in: Le Monde diplomatique, März 2014, S. 18-19.
- 8 Vgl. Decoding Marine Le Pen. A Database and Visualization Research Project, <<http://DecodingMarineLePen.stanford.edu>> (abgerufen am 30.11.2015).
- 9 Gilles Ivaldi, Towards the Median Economic Crisis Voter? The New Leftist Economic Agenda of the Front National in France, in: French Politics (2015) 13, S. 346–369.
- 10 Pascal Perrineau, L'extrême droite en France: Le retour du Front national, in: Les extrêmes droites en Europe: Le retour des extrêmes droites?, Cahiers du CEVIPOF Nr. 53, April 2011, S. 5-31.
- 11 Pascal Perrineau, Les confluences de la gauche et du frontisme, Huffington Post, 25.9.2015, <http://www.huffingtonpost.fr/pascal-perrineau/les-confluences-de-la-gauche-et-du-frontisme_b_8206016.html> (abgerufen am 30.11.2015).
- 12 Hierbei geht es um die Idee, mehr Wachstum durch eine angebotsorientierte Politik zu schaffen und dies vor allem auch über die Senkung der Lohnnebenkosten zu erreichen. So sollen die Unternehmen bei den Sozialabgaben bis zu 35 Mio. Euro dadurch einsparen können, dass sie bis 2017 nicht mehr die Unterstützung für Familien übernehmen.
- 13 Vgl. Quiz: de la banalisation du discours politique du Front national, in: Le Monde, fr, 25.9.2015, <http://www.lemonde.fr/les-decodeurs/article/2015/09/25/quiz-de-la-banalisation-du-discours-politique-du-front-national_4771768_4355770.html#qpt3CVjvYS3hlssd.99> (abgerufen am 30.11.2015).
- 14 Ifop-Umfrage, Les réactions des Français aux attentats du 13 novembre 2015, 18.11.2015, <http://www.ifop.com/media/poll/3202-1-study_file.pdf> (abgerufen am 30.11.2015).
- 15 Vgl. Süddeutsche Zeitung, Valls: „Europa kann nicht mehr so viele Migranten aufnehmen“, 25.11.2015, <<http://www.sueddeutsche.de/news/politik/fluechtlinge-valls-europa-kann-nicht-mehr-so-vielemigranten-aufnehmen-dpa.urn-newsml-dpa-com-20090101-151125-99-01219>> (abgerufen am 1.12.2015).
- 16 Siehe Gilles Rof, Nicolas Chapuis, Matthieu Goar, Elections régionales 2015: la sécurité écrase la campagne, in: Le Monde, <http://www.lemonde.fr/elections-regionales-2015/article/2015/11/23/regionales-la-securite-ecrase-la-campagne_4815549_4640869.html#uYMCLPIAuH7bwc8f.99> (abgerufen am 1.12.2015).
- 17 Ipsos/Sopra Steria-Umfrage, Les Français et les élections régionales, Vague 2, 21.-24.11.2015, 27.11.2015, <<http://www.soprasteria.com>> (abgerufen am 30.11.2015).
- 18 Odaxa-Umfrage, Intentions de vote pour les élections régionales en Ile-de-France, 26.11.2015, <<http://www.odoxa.fr/wp-content/uploads/2015/11/Odaxa-pour-BFMTV-et-le-Parisien-Aujourd'hui-en-France-Intentions-de-voter-%C3%A9gionales-en-IDF.pdf>> (abgerufen am 30.11.2015).
- 19 Die Liste mit den meisten Stimmen im zweiten Wahlgang bekommt als Mehrheitsprämie ein Viertel der Sitze zugesprochen, die restlichen Sitze werden zwischen den übrigen Listen verteilt.
- 20 Die angegebenen Prozentzahlen entsprechen den in verschiedenen Umfragen von Ifop und Sofres angegebenen Wahlabsichten, <<http://election-regionale.linternaute.com/>> (abgerufen am 30.11.2015).
- 21 Le Monde, Régionales 2015: ce que disent les sondages à deux mois du premier tour, 6.10.2015, <http://www.lemonde.fr/les-decodeurs/article/2015/10/06/regionales-2015-qu-annoncent-les-sondages-dans-votre-region_4783426_4355770.html#4FJ4Z57srmwKlCyB.99> (abgerufen am 30.11.2015).
- 22 Ipsos-Umfrage, Régionales 2015: PACA à la portée du FN, 22.11.2015, <<http://www.ipsos.fr/decrypter-societe/2015-11-22-regionales-2015-paca-portee-fn>> (abgerufen am 1.12.2015).
- 23 Bei einer Nachwahl im Frühjahr 2015 plädierte Sarkozy dann doch öffentlich für eine Stimmabgabe gegen den FN.
- 24 Gemeinsame Listen der grünen Parteien (Europe Ecologie Les Verts) und der Linksfrente wurden trotz des Streits in einigen Regionen vereinbart wie Auvergne-Rhône-Alpes, Languedoc-Roussillon-Midi-Pyrénées, Provence-Alpes-Côte d'Azur und Nord-Pas-de-Calais-Picardie.
- 25 Samuel Laurent, Retrait, fusion de listes, maintien: pour comprendre le dilemme du PS aux régionales, in: Le Monde, 11.11.2015, <http://www.lemonde.fr/les-decodeurs/article/2015/11/11/retrait-fusion-de-listes-maintien-pour-comprendre-le-dilemme-du-ps-aux-regionales_4807502_4355770.html#26JP2v6RhZGekq2G.99> (abgerufen am 30.11.2015).
- 26 Der FN beschwert sich regelmäßig über seine vorgebliche Benachteiligung in den Medien, doch scheint dies nur bezüglich der wenigen Einladungen von FN-Vertretern in die Morgenmagazine der Radio- und TV-Sender berechtigt. Ansonsten kann sich der FN über mangelnde Aufmerksamkeit nicht beschweren. Vgl. Eric Dupin, Le Front national sur un plateau, in: Le Monde diplomatique, März 2014, S. 20.
- 27 Ipsos/Sopra Steria-Umfrage für France Bleue, Les conséquences des attentats du 13 novembre sur les élections régionales, 21.-24.11.2015, 27.11.2015, <<http://www.soprasteria.com>> (abgerufen am 30.11.2015).
- 28 Ifop-Umfrage, Les jeunes, les élections régionales de 2015 et les élections présidentielles de 2017, 6.-12.11.2015, <http://www.ifop.com/media/poll/3213-1-study_file.pdf> (abgerufen am 30.11.2015).

